

## CITIZEN

ACTION SOLIDARITÉ TIERS MONDE

# Eine saubere Entwicklung

Redaktion: woxx

**Klimaschutz in Entwicklungsländern zu betreiben ist problematisch, weil es Luxemburg und andere Industrieländer aus der Verantwortung entlässt, und weil viele Projekte nur schönen Schein bieten, warnt die ASTM.**

Dietmar Mirkes von der Action Solidarité Tiers Monde (ASTM) hat in seiner Untersuchung „Eine saubere Entwicklung - Wie Luxemburg seine Treibhausgas-Emissionen weltweit reduziert“ eine repräsentative Auswahl der 79 Projekte, die für Luxemburg Emissionsrechte erzeugen, genauer unter die Lupe genommen in Hinsicht auf ihren Beitrag zur Treibhausgasreduktion, zur nachhaltigen Entwicklung und zum Strukturwandel in Richtung regenerative Energien. (...) Er reflektiert die aktuelle internationale Diskussion über den Emissionshandel im Vorfeld des Klimagipfels zu Kopenhagen und Analysen aus den Entwicklungsländern selbst und wendet sie auf die „Luxemburger“ Projekte an. Dabei bleibt er nicht auf der Ebene der Projekte stehen, sondern erlaubt dem Leser einen Blick auf die Spielregeln des Emissionshandels und die Kräfteverhältnisse hinter den Kulissen. (...)

Dabei fällt auf, dass Luxemburg (Stand Ende 2008) nur aus einem einzigen Projekt direkt Rechte bezieht - einer Mülldeponie in El Salvador (nur 6 % der Rechte Luxemburgs). Die anderen 94 % seiner Rechte stammen aus Fonds, an denen Luxemburg bestimmte Anteile erworben hat. (...) In der Analyse einzelner Projekte zerlegt Mirkes dann den Mythos der „sauberen Entwicklung“, zum Beispiel anhand eines Müllverbrennungsprojekts:

Mitten im Wohnviertel Okhla der indischen Hauptstadt New Delhi soll eine Müllverbrennungsanlage entstehen, die ab dem April 2009 rund 163.000 Emissionsrechte für den „Asian Pacific Carbon Fund“ erzeugen soll; Luxemburg soll davon einen Anteil von rund 16.000 zum Stückpreis von 10 bis 13 € erhalten. Das Projektdokument vom September 2007 behauptet, „dass kein direktes Konfliktpotential mit der lokalen Bevölkerung vorliegt“ und die Firma SGS, die der Projektbetreiber mit der Prüfung der umwelt- und sozialverträglichen Krite-

rien beauftragt hat, stellte fest, „dass keinerlei negative ökologische oder soziale Nebenwirkungen vom Projekt zu erwarten sind“. Seit Frühjahr 2008 verhindern die Anwohner mit Protestaktionen den Betrieb der Müllverbrennungsanlage, weil sie giftige Dioxine, Furane und Schwermetalle ausstoßen wird ...

Die Kontrollmechanismen des CDM erfassen gar nicht alle Auswirkungen der Projekte. Die meisten Projekte tragen nichts oder nur wenig zur nachhaltigen Entwicklung im Gastland bei. Die meisten CDM-Mittel fließen an den ärmsten Ländern vorbei in die größten Schwellenländer. Sie wirken weitgehend konträr zum Ziel der luxemburgischen Entwicklungspolitik, die Armut zu bekämpfen. (...)

Diese Analysen führen zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Gekaufte Emissionsrechte „reduzieren“ unsere Emissionen nicht, sondern gleichen sie nur rechnerisch aus - die Einkäufe sind ein buchhalterisches Nullsummenspiel, bei dem unsere gesamten Emissionen in der Luft bleiben und weiter zum Klimawandel beitragen.

- Nicht einmal dieses Nullsummenspiel ist sicher, denn über ein Drittel der eingekauften Rechte im Gesamtwert von rund 20 Mio Euro stammt aus Projekten, deren Zusatzlichkeit fragwürdig ist oder die nur vorübergehend binden. (...)

- Diese Politik ist moralisch unhaltbar, weil sie nicht verallgemeinerbar ist. Was wäre denn, wenn niemand zuhause handelt, sondern jeder im Ausland reduzieren lässt? Der Rückgriff auf den Emissionshandel blockiert Änderungen hier, lenkt unser Geld in die falschen Projekte und kratzt am positiven Image, das wir durch unsere Entwicklungspolitik bei den Entwicklungsländern aufgebaut haben.

Der Autor fordert eine Kehrtwende dieser Politik hin zu mehr Reduktionen hier in Luxemburg, ein Moratorium für weitere Einkäufe bis klar ist, wie die Reformen des CDM auf dem Klimagipfel in Kopenhagen ausfallen. (...)

Die komplette Untersuchung „Eine saubere Entwicklung“ kann von [www.astm.lu](http://www.astm.lu) heruntergeladen werden.

## CITIZEN NEWS

## Tiananmen, vingt ans déjà

Ce jeudi 4 juin, Amnesty International a commémoré, à Luxembourg comme ailleurs dans le monde, l'anniversaire du « massacre de la place Tiananmen » en 1989. Cette année-là, à partir du mois d'avril, un mouvement étudiant avait critiqué le gouvernement chinois en place. Les étudiant-e-s avaient notamment occupé la célèbre place de la Paix céleste, centre névralgique de Pékin. Malgré la présence des médias internationaux, le gouvernement a finalement eu recours à une répression sanglante dans la nuit du 3 au 4 juin 1989. Amnesty dénonce qu'« aucune enquête exhaustive, impartiale et indépendante n'a été diligentée pour déterminer les présumés responsables de ce massacre. Les proches des victimes n'ont toujours pas eu d'indemnités et ne peuvent porter leur deuil librement et en public. » C'est avec l'idée de faire cela à leur place, que l'organisation annonçait dans son communiqué de presse le dépôt de roses dédiées aux victimes sur la Place d'Armes, l'action étant complétée par un stand d'information.

## Friedensinitiative: Nicht alles Eierkuchen

In diesen letzten Tagen vor den Wahlen sind noch einmal zahlreiche Wahlprüfsteine von NGOs an die Medien verschickt worden. Doch die meisten Anfragen, ob zu Fahrradpisten oder zu Förderprogrammen für erneuerbare Energien, quittieren die Parteien mit einem „Natürlich werden wir“ - wer will es sich schon vor dem 7. Juni mit den zivilgesellschaftlichen LobbyistInnen verderben? Anders sieht es bei den Fragen der Friedensinitiative (FI) aus: Dass nur KPL und Déi Lénk sich für einen Nato-Austritt und gegen die Aufrüstung auf nationaler und europäischer Ebene aussprechen, dürfte die PazifistInnen wenig erfreuen. Immerhin gab es Zeiten, in denen auch LSAP und Grüne für die Auflösung des westlichen Militärbündnisses eintraten. Weil die FI ihre eigenen Positionen nicht klar darlegt, kann sie den Antworten trotzdem Positives abgewinnen: „Generell begrüßt die FI die Zurückhaltung der Parteien in Sachen Militärinterventionen, bedauert aber, dass verschiedene Aussagen zu viel Spielraum für Interpretationen lassen.“ Allerdings sieht sie, „angesichts der teilweise problematischen Haltung der großen Parteien“ eine Notwendigkeit, die Öffentlichkeit auch nach den Wahlen für Fragen der Friedenspolitik zu sensibilisieren. Dies gilt wohl umso mehr, als „weder die CSV, welche in der vergangenen Legislatur den Armeeminister stellte, noch die einst in diesem Politikfeld sehr aktiven Grünen“ auf die Anfrage der FI reagiert haben.

## Gib Nazis keine Stimme: Demo gegen NPD Trier

Bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz am 7. Juni tritt der Kreisverband NPD zur Stadtratswahl in Trier an. Pressemitteilungen zufolge, zeichnet sich der Wahlkampf der Rechtsextremen durch Rücksichtslosigkeit gegenüber den politischen Gegnern aus. Dazu gehören nicht nur Einschüchterungsversuche mittels Drohbriefen und Telefonterror, sondern auch geplante Überfälle auf Mitbürger. Safet Babic, Kreisvorsitzender der NPD Trier und Spitzenkandidat bei der Kommunalwahl, war selbst Teil der Schlägertruppe, die Anfang Mai einen Mann zusammengeschlagen hat. In seinem Wahlvideo im Internet erfährt man, dass Arbeit, Familie und Heimat die drei Grundwerte und thematischen Schwerpunkte der Partei sind. Babic rechnet fest mit einem Einzug der NPD in den Trierer Stadtrat, weil im vergangenen Jahr die Dreiprozenthürde auf kommunaler Ebene abgeschafft wurde. Seine Partei könne nun bereits mit weniger als zwei Prozent in den Stadtrat einziehen, freut sich der NPD-Kreisvorsitzende. Angesichts dieser Perspektive ruft das „Bündnis gegen Rechts Trier und Region“ zu einer Demonstration gegen die NPD auf, die am Freitag, den 5. Juni um 17 Uhr auf dem Hauptmarkt in Trier stattfinden wird.